

Verwaltungsgericht Niedersachsen: Stellenabbau sorgt für große Unsicherheit

OVG-Präsident Hett warnt vor Stellenabbau am Verwaltungsgericht und fordert dauerhafte Richterstellen zur Bewältigung von Asylverfahren.

In der aktuellen Lage des niedersächsischen Verwaltungsgerichts zeigt sich ein besorgniserregender Trend, der sowohl die Effizienz der Justiz als auch die Rechte von Asylsuchenden beeinflussen könnte. Der Präsident des Niedersächsischen Obergerichts, Frank-Thomas Hett, äußert sich besorgt über die bevorstehenden Herausforderungen, die auf das Gericht zukommen.

Herausforderungen in der Asylrechtslage

Das Jahr 2023 stellte eine besondere Belastung für die Verwaltungsgerichte dar, da asylrechtliche Verfahren 47 Prozent der eingegangenen Fälle ausmachten. Trotz der hohen Zahl an neuen Verfahren ist es gelungen, den Gesamtbestand um mehr als elf Prozent zu reduzieren und die Dauer der Asylklagen um etwa sechseinhalb Monate zu verkürzen. Diese Erfolge sind nicht zuletzt das Ergebnis des unermüdlichen Engagements des Personals, das häufig über das normale Maß hinaus arbeitet.

Personalmangel und Unsicherheit

Die Situation bleibt jedoch angespannt. Hett betont, dass die Verfahrenslaufzeiten bei allgemeinen Klagen auf 17 Monate angestiegen sind. Diese langwierigen Verfahren stellen nicht nur

eine Belastung für das Gericht dar, sondern können auch die Rechte von betroffenen Bürgern in Frage stellen. Der drohende Rückgang von Stellen für Richterinnen und Richter sorgt für Unsicherheiten innerhalb des Gerichts und lässt die Frage aufkommen, wie die Justiz in Zukunft wettbewerbsfähig und effizient bleiben kann.

Befristete Stellen als Lösung?

Um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden, werden nun 15 zusätzliche Richterstellen geschaffen. Allerdings sind diese Stellen, ähnlich wie 42 bereits bestehende, teils nur auf wenige Jahre befristet. Hett warnt, dass ohne zusätzliche Unterstützung bereits im nächsten Jahr Stellen eingespart werden könnten, was zu längeren Verfahrenslaufzeiten und einem weiteren Anstieg der offenen Verfahren führen würde.

Dringender Appell an Gesetzgeber

Angesichts dieser Herausforderungen appelliert Hett eindringlich an den Haushaltsgesetzgeber, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um freie Stellen nachzubeseetzen. Eine stabilere personelle Ausstattung könnte nicht nur die Verfahrenszeiten verkürzen, sondern auch das Vertrauen der Bürger in die Justiz stärken.

Die Bedeutung für die Gemeinschaft

Die aktuellen Entwicklungen am Verwaltungsgericht sind nicht nur eine interne Angelegenheit; sie betreffen die gesamte Gesellschaft, insbesondere diejenigen, die auf ein faires und schnelles Verfahren in Asylangelegenheiten angewiesen sind. Angesichts der steigenden Zahl an Asylverfahrensfällen ist es von zunehmender Bedeutung, dass die Justiz ausreichend Ressourcen erhält, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Die Unsicherheiten innerhalb des Gerichts werfen einen Schatten auf die Rechtsstaatlichkeit und könnten das gesamte

Justizsystem der Region belasten.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de